

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
AUGUST 2003

**Bush-Revolution, Lektion des Irakkriegs,
Wirtschaft, Energieversorgung,
Religion und Politik**

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 29. August 2003

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Wirtschaft, Energiekrise, Irak und Religion

Eine Sommerpause kennen die Washingtoner Think Tanks nicht. Einen wahren Interview- und Report-Wettkampf liefern sich Unilateralisten und Multilateralisten. Nach Ende des Irakkriegs kommen die Warnungen von Multilateralisten wie Richard Haass oder James Steinberg wieder an – besonders im Lager der Demokraten. Auch die wirtschaftliche Entwicklung, Lektionen, die es aus dem Irakkrieg zu lernen gab, die Verhandlungen der WTO, die Energieversorgung der USA und das Zusammenspiel von Religion und Staat beschäftigen die Think Thank-Welt, die traditionell auch bestimmt, was Medien, Politik und Öffentlichkeit diskutieren.

(Ohn)mächtige USA

Die USA, so der weltweite Tenor, sind der mächtigste Staat der Welt. Doch was macht ein Land mit soviel Macht? Die Frage haben sich **Henry Aaron**, **James Lindsay** und **Pietro Nivola** von der **Brookings Institution** gestellt, um daraufhin eine „Agenda for the Nation“ zu entwickeln. Die USA seien demnach so mächtig, dass es ihnen gut möglich wäre, den Lauf der Geschichte zu beeinflussen. Doch Macht bringt auch innen- und außenpolitische Herausforderungen mit sich. Mit „Agenda for the Nation“ wollen die Herausgeber eine Handlungsanleitung liefern, die der amerikanischen Regierung sagt, wie sie dem eigenen Volk dienen und globale Verantwortung wahrnehmen kann.

Macht schützt auch zukünftig nicht vor Terrorangriffen. Das sagte **Jessica Stern** im Interview mit **Bernard Gwertzman** vom **Council on Foreign Relations (CFR)**. Stern gilt als „Bond-Girl“ der amerikanischen Think Tank-Welt. Tatsächlich inspirierte sie den Charakter von Schauspielerin Nicole Kidman in dem Streifen „The Peacemaker“. Für ihr neues Buch „Terror in the Name of God“ hatte sie Monate in der Welt religiöser Extremisten gelebt, um nach den Ursachen von religiösem Terrorismus zu forschen. Stern ist eine der handverlesenen weiblichen Experten für Terrorismus und Waffen. Unter **Bill Clinton** war sie im **Nationalen Sicherheitsrat** zuständig für Russland, die Ukraine und eurasische Angelegenheiten. Heute berät sie den CFR und lehrt an **Harvards Kennedy School**.

Revolution in der amerikanischen Außenpolitik

Bereits vor drei Monaten hatten **Ivo Daalder** und **James Lindsay**, zwei prominente Außenpolitik-Analysten der **Brookings Institution**, ein mehr als 100-seitiges Dokument zur Außenpolitik der Regierung von **George W. Bush** veröffentlicht. Unter dem Titel „America Unbound. The Bush Revolution in Foreign Policy“ haben sie ihre Studie nun als Buch herausgegeben. Wie schon der Titel vorgibt, sehen Daalder und Lindsay von der Außenpolitik des Präsidenten eine wahre Revolution ausgehen. Spätestens seit „9/11“ habe Bush Strategien und Institutionen einfach beiseite geschoben, die Amerikas internationales Engagement seit Jahrzehnten bestimmt hätten. Freunde, Alliierte und internationale Institutionen schränkten den amerikanischen Handlungsspielraum nur ein, der in Zeiten von internationalem Terrorismus, Tyrannen und Massenvernichtungstechnologien ein Garant von Sicherheit sei. „America Unbound“ erzählt die Geschichte des Außenpolitikers Bush, die bereits vor Antritt dessen Amtsantritt beginnt. Während der Präsidentschaftskampagne hatte sich der heutige Präsident ja gerade darüber mokiert, dass **Bill Clinton** das internationale Engagement seines Landes zu weit getrieben habe – weshalb Beobachter den republikanischen Nachfolger als Isolationisten einschätzten. Dass diese konventionelle Weisheit auf Bush ganz und gar nicht zutrifft, wollen Daalder und Lindsay in „America Unbound“ zeigen. Unilateralismus habe die Administration sofort nach Bushs Dienstbeginn bewiesen, als sich die USA aus dem Kyoto-Protokoll und dem ABM-Vertrag zurückzogen und eine Reihe weiterer multilateraler Beziehungen kappten. „9/11“ habe insofern die Strategie der Administration nicht verändert, sondern verstärkt. Für die USA kann diese „Revolution“ nach Meinung Daalders und Lindseys hohe Risiken und Kosten mit sich bringen. **Lawrence Eagleburger**, berühmter Karrierediplomat und kurzzeitiger Außenminister unter **George H.W. Bush**, begrüßt die „Revolution“. In einem Interview mit dem **Council on Foreign Relations** unterstützt er den aktiven Unilateralismus der Regierung und erkennt darin „einen substanziellen und gewollten Abschied“ von der traditionellen amerikanischen Außenpolitik (<http://www.cfr.org/publication.php?id=6137>). **Richard Haass**, bis vor kurzem Director of Policy Planning Staff im US-Department of State und nun Präsident des CFR, pocht auf Multilateralismus. Die USA könnten die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht allein bestehen (<http://www.cfr.org/publication.php?id=6107>).

Alte und neue Lektionen aus dem Irakkrieg

Richard Perle, enger Berater von Präsident Bush, ist auch Fellow beim **American Enterprise Institute (AEI)**. Seine Rede vom AEI World Forum hat er nun noch einmal in neun Lektionen zusammengefasst, die „Amerika im Irakkrieg gelernt hat“. (http://www.aei.org/publications/filter..pubID.19017/pub_detail.asp):

- 1) Die erfolgreiche Kriegsführung bedurfte von Anfang an außergewöhnlicher Entschlossenheit und Courage.
- 2) Kühnheit zahlt sich aus.
- 3) Die USA haben eine bemerkenswerte Fähigkeit, mehr oder weniger unabhängig zu agieren.
- 4) Die Bedeutung von (technologischer) Präzision (von Waffen) kann nicht überschätzt werden.
- 5) Transformation (beim Militär) ist schwer, aber sie ist es wert.
- 6) Einer überwältigenden Macht gegenüberstehend, können Diktatoren nicht auf ihre eigenen Gefolgsleute zählen.
- 7) In der politischen Welt sind die politischen Konsequenzen eines Krieges nicht vom Sieg zu trennen.
- 8) Unsere Alliierten sind beklagenswert schwach im Verhältnis zu den USA; Zeichen für eine Besserung sind nicht in Sicht.
- 9) Wir müssen – um die arabische Welt zu demokratisieren – eine neue, politische Transformation umsetzen.

Auch **Thomas Donnelly**, Kollege von **Richard Perle** bei **AEI**, blickt auf den Irakkrieg zurück und beschreibt in „Fighting Terror“ ebenfalls Lektionen, die es zu lernen gegeben habe – allerdings aus dem Blickwinkel des Kampfes gegen den Terror (http://www.aei.org/publications/pubID.18061/pub_detail.asp). Der „ultimative Preis des Konflikts“ sei niemals nur Saddam Hussein gewesen, sondern die Chance, eine neue, dauerhaftere Weltordnung zu etablieren. Das irakische Regime zu stürzen und dem Land Hilfe zu geben beim Aufbau einer „prosperierenden, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft“ – das sei die eine Seite. Nun aber gelte es, den „Kampf zwischen politischer Freiheit und repressivem Islamismus in der arabischen Welt“ zu gewinnen. Frei nach Clausewitz – Mission, Feind, Territorium, Truppen und Zeit – beschreibt Donnelly, wie dieser „Kampf“ zu „kämpfen“ sei.

Solche optimistischen Worte finden sich bei **Anthony Cordesman** vom **Center for Strategic and International Studies (CSIS)** nicht (http://www.csis.org/features/iraq_warafterwar.pdf). Cordesman, beim CSIS für Strategie zuständig, will erklären, was im Irak zurzeit eigentlich geschieht. Eines sei deutlich: Während die Medien über tägliche Vorkommnisse in der Region berichteten, kämpften die USA und Großbritannien den „Krieg nach dem Krieg“. Auch

Cordesman erkennt eine wichtige Lektion aus dem Feldzug: Obwohl die Weltmacht mit einem Kampf nach der Schlacht rechnen müssen, habe das Verteidigungsministerium „Nation Building“ und Sicherheitsplanung nur unzureichend vorbereitet. Auch die mangelhafte Koordination zwischen Pentagon, Außenministerium, Nationalem Sicherheitsrat und Weißem Haus habe dazu beigetragen, dass die USA nun unvorbereitet den „Krieg nach dem Krieg“ zu kämpfen hätten. Cordesmans Feststellung dürfte eigentlich nicht überraschen, denn „traditionell konzentriert sich das amerikanische Militär auf Kampfeinsätze“. Den Herausforderungen auf „dem Schlachtfeld nach der Schlacht“ mag sich das Militär indes nicht stellen. Dieser Ansicht ist zumindest **James Carafano** von der **Heritage Foundation** in seiner Heritage Lecture „The U.S. Role in Peace Operations: Past, Perspective, and Prescriptions for the Future“ (<http://www.heritage.org/Research/NationalSecurity/hl795.cfm>). Strategisch falsch sei eine solche Vorgehensweise aber keinesfalls. Die USA sollten größeren „Peace Enforcement Operations“ vielmehr fernbleiben, die viel geringere Risiken mit sich brächten als das eigentliche „Peacemaking“, so dass auch Staaten mit kleinerer Militärmacht sie übernehmen könnten. „Die USA sollten ihre Kräfte für Großmacht-Missionen sparen.“

Transatlantische Beziehungen

Viele haben sich in den vergangenen Monaten zum Zustand der transatlantischen Beziehungen geäußert. Mit Ausbruch des Irakkriegs erreichten die Öffentlichkeit jedoch nur noch wenige optimistischen Zukunftsszenarien aus der weit gefächerten Think Tank-Landschaft. In der Sommerausgabe von **Survival**, dem vom **International Institute for Strategic Studies** herausgegebenen Magazin, meldete sich nun **James B. Steinberg** mit seinem Artikel "An Elective Partnership: Salvaging Transatlantic Relations“ zu Wort (<http://www.brookings.edu/views/articles/steinberg20030601.pdf>). Steinberg, einst stellvertretender nationaler Sicherheitsberater von Präsident **Bill Clinton** und seit 2000 Vizepräsident der **Brookings Institution**, gilt als ausgesprochener Transatlantiker, der sich für die „Rettung“ der alten Freundschaft zwischen Amerika und Europa ausspricht.

Für die transatlantischen Missverständnisse des vergangenen Jahres kennen Analysten eine ganze Reihe von Ursachen. Einige glauben, dass Kultur, Werte und Interessen der Partner auf beiden Seiten des Atlantiks zu unterschiedlich sind. Andere beginnen mit der Ursachenforschung bei der NATO. Das Verteidigungsbündnis, so der Tenor, habe den Erwartungen seit dem Ende des Kalten Krieges nicht entsprochen – und dies aus drei Gründen, wie **Christopher Layne** vom **Cato Institute** schreibt: Die militärischen Möglichkeiten der europäischen Allianzmitglieder seien sehr limitiert; die Europäer teilten nicht „Washingtons Enthusiasmus“ für „out of Area“-Einsätze, und letztlich habe sich die amerikanische Regierung schnell entschieden, die Allianzpartner wegen deren Schwäche bei Einsätzen zu übergehen. Aber auch hiermit lässt sich nach Meinung Laines das Auseinanderbrechen der transatlantischen Partnerschaft nicht korrekt erklären. Vielmehr halte die klassische Realpolitik die Wahrheit bereit: „Amerikas Rolle als globaler Hegemon und das gleichzeitige Machtungleichgewicht zwischen Amerika und Europa“. Gefährlich sei dies, so Layne, auf Dauer allemal, schließlich handele es sich um einen lange unterdrückten Machtkonflikt. Und solange die USA ihre Außenpolitik nicht grundsätzlich änderten, dürften sich die Beziehungen mit Europa nur noch weiter verschlechtern (<http://www.cato.org/pubs/pas/pa483.pdf>).

Amerikas Wirtschaft: Wachstum durch Steuersenkungen und Militärausgaben

Amerika diskutiert die Steuerreform von Präsident Bush. Selbst die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten sind uneinig darüber, ob man diese Reform gleich wieder rückgängig machen soll oder ob sie der amerikanischen Wirtschaft vielleicht doch wieder auf die Beine helfe kann. Für die **Heritage Foundation** hat nun **Daniel Mitchell** noch einmal die „Historical Lessons of Lower Tax Rates“ von **Kennedy** bis **Reagan** zusammengefasst (<http://www.heritage.org/Research/Taxes/wm327.cfm>). Mitchells Ergebnis: Steuersenkungen erhöhen Wachstumsrate und Lebensstandard. Doch nicht nur niedrigere Abgaben scheinen sich positiv auf das Wirtschaftswachstum auszuwirken. Ähnlichen gilt – diesmal allerdings ganz im Sinne vieler Keynesianer – auch für vermehrte Staatsausgaben. So zumindest heißt es beim **Economic Policy Institute** unter dem Titel „Defense Spending Skews Economic Growth Estimates“ (http://epinet.org/content.cfm/webfeatures_snapshots). Schätzungen vom Juli hatten

ergeben, dass sich die inflationsbereinigte Wachstumsrate des BIP von 1,4 Prozent im ersten auf 2,4 Prozent im zweiten Quartal 2003 erhöht hatte; eine Nachricht, die zwar vor allem von der Administration mit Erleichterung aufgenommen wurde, aber auch Kritiker auf den Plan rief. Hinter dem Wachstumsschub stehen nach Angaben des EPI einzig die „immens gewachsenen Militärausgaben“ (plus 9,6 Prozent seit dem ersten Quartal). Militär-bereinigte Wachstumszahlen hingegen gäben Anlass zur Sorge. Bei derartigen Dimensionen von Militärausgaben redet heute niemand mehr von der vermeintlichen „Friedensdividende“ nach dem Ende des Kalten Krieges. Vielmehr „müssen die USA ein nukleares Arsenal entwickeln, dass die moderne Welt reflektiert“. Das meint jedenfalls **Jack Spender** von der **Heritage Foundation** in seiner Schrift „A Strong National Defense Commands New Nuclear Research Funding“ (<http://www.heritage.org/Research/NationalSecurity/wm325.cfm>). Um den heutigen Gefahren gegenüberzutreten zu können, müsste eine neue Generation von Atomwaffen taktisch einsetzbar sein, die zugleich aber auch zu finanzieren sei. . Ähnliches gelte auch für biologische und chemische Waffen. Nun gehe es darum, die Bedeutung von Atomwaffen im 21. Jahrhundert zu klären – um Gelder für entsprechende Studien aufzubringen, hat die Bush-Regierung schon beim Kongress angefragt.

Energiekrise in den USA, Liberalisierung des Energiemarktes in Russland

Für **Paul Krugman**, den populären Ökonom der Harvard University und New York Times-Kolumnisten ist die Ursache für den Zusammenbruch der Stromversorgung im Nordosten der USA klar: „Die Energie-Industrie hat nicht genug in die Sicherheit und Kontrolle ihrer Systeme investiert. Und der Grund für diese Vernachlässigung ist die auf Vertrauen beruhende Deregulierung.“ Krugmans Worte lassen nur erahnen, was der russischen Energieversorgung bevorstehen könnte. Schließlich sorgt die Privatisierung ehemals staatseigener Betriebe immer wieder für Aufregung in Analystenkreisen. **Leon Aron** von der **American Enterprise Institute** beschreibt in „Privatizing Russia’s Electricity“ ausführlich Geschichte, Personen, Gefahren und Zukunftsszenarien dieser Privatisierungswelle. Auch die USA müssen sich Gedanken machen um die Zukunft ihrer Energieversorgung. In den vergangenen zehn Jahren hat die Nachfrage nach Energie stets die eigene Produktion überragt, und einer Studie des **Department of Energy** zufolge wird der Verbrauch bis 2025 noch einmal

um 43 Prozent steigen, die Produktion hingegen nur um 23 Prozent. Der Senat hat daher bald über ein umfangreiches Gesetz zum Thema Energie zu debattieren. **Charli Coon**, Experte bei der **Heritage Foundation**, warnt, dass ein solches Gesetz die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nicht vergrößern darf, indem es speziellen Interessengruppen und Lobbyvereinigungen Gehör verschafft. Die Regierung solle sich vielmehr aus dem Energiemarkt heraushalten und es dem Wettbewerb überlassen, Angebot und Nachfrage zu regeln. Besonders gelte dies für bisher bestehende Restriktionen der Energiegewinnung in staatlichen Territorien wie dem **Arctic National Wildlife Refuge** (<http://www.heritage.org/Research/EnergyandEnvironment/em894.cfm>).

Politisch und wirtschaftlich motivierter Welthandel

Freihandel kennt keine Verlierer – das verkündet die neoklassische Ökonomie. **James Glassman** und **Kevin Hassett**, Wirtschaftsfachleute bei der **American Enterprise Institute**, schreiben, dass vor allem sich entwickelnde Länder von der enormen Wirtschaftskraft der USA profitieren würden. Das BIP der USA betrug im vergangenen Jahr mehr als \$10 Billionen und lag damit höher als das der nächsten fünf Länder zusammen. Anders ausgedrückt: Mit gerade einem Zwanzigstel der Weltbevölkerung produziert die Supermacht ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung und mehr als drei Fünftel des ökonomischen Wachstums. Wachsen die USA, so die gültige Logik, dann profitieren auch ihre Handelspartner: Das Land ist der größte Markt, aber auch der größte Investor für sich entwickelnde Länder. Charakterisiere man die Vereinigten Staaten als Paria der Weltwirtschaft sei dies gerade in Zeiten der Globalisierung falsch und aus Neid geboren. Ganz im Sinne des VN-Generalsekretärs **Kofi Annan** – „die Armen sind nicht wegen Globalisierung, sondern wegen zuwenig Globalisierung arm“ – sehen Glassman und Hassett die USA in der Verantwortung, den globalen Handel weiter in alle Richtungen zu liberalisieren.

Dass dies nicht einfach sein dürfte, beweisen seit Jahrzehnten die zähen Welthandelsrunden. Erst 1999 endete ein Treffen in Seattle im Chaos, und die **Doha-Runde** 2001 drohte oft jeden Moment zu scheitern. Das nächste Ministertreffen, das die **World Trade Organization** in Cancun, Mexiko im September veranstaltet, steht ganz unter dem Motto „Entwicklung durch Freihandel“. Ein Kompendium dafür haben

nun **Jon Audley**, **George Perkovich**, **Sandra Polaski** und **Scott Vaughan** von **Carnegie Endowment for International Peace** unter dem Titel „Decoding Cancun. Hard Decision for a Development Round“ zusammengestellt (<http://www.ceip.org/files/pdf/Policybrief26.pdf>).

Nicht nur politisch scheint es um die transatlantischen Beziehungen nicht zum Besten zu stehen. Das zumindest fürchtet das **British-North American Committee**, eine Gruppe bedeutender britischer, amerikanischer und kanadischer Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Academia, die von dem **Center for Strategic and International Studies (CSIS)**, der **British-North American Research Association** in London und dem **C.D. Howe Institute** in Toronto finanziert wird. Im neuen Report der Gruppe – „Building New Bridges: The Case for Strengthening Transatlantic Economic Ties“ – heißt es unter der Federführung von **John Hancock (WTO)** und **William Robson (C.D. Howe Institute)**: „Neue Konflikte in Bereichen wie Umwelt, Verteidigung und Außenpolitik gefährden die transatlantischen Beziehungen und damit die Hauptschlagader der Welt“ (http://www.cdhowe.org/english/whats_new/whats_new.html). Unter anderem solle globaler Freihandel verstärkt vorangetrieben werden, um die Gefahren zu überwinden.

Doch, so betont **Sydney Weintraub**, der beim **CSIS** für Politische Ökonomie zuständig ist, bedingter Freihandel kann auch eine Gefahr darstellen. Dann jedenfalls, wenn Freihandelsabkommen politisch bedingt und daher nur bilateral oder regional geschlossen werden. In einem neuen Report „Lack of Clarity in U.S. Trade Policy“ (<http://www.csis.org/simonchair/issues200307.pdf>) bemängelt Weintraub, dass die USA nur Freihandelsabkommen mit solchen Ländern schließen, die ihre Außenpolitik unterstützen. Und bilaterale Handelsabkommen stehen ja bekanntlich unter dem Verdacht, die positiven Effekte von globalen Abkommen zu unterminieren.

Sanktionen gegen Libyen

„Don't Lift Sanctions Against Libya“ fordern **Nile Gardiner**, **James Phillips** und **Peter Brookes** von der **Heritage Foundation** (<http://www.heritage.org/Research/Africa/wm329.cfm>). Gerade jetzt sei dies ein großer Fehler, denn Libyen stelle noch immer eine Gefahr für amerikanische Interessen und die internationale Sicherheit dar. Nach dem Ende der UN-Sanktionen

gegen Tripolis sei es Libyen möglich gewesen, seine biologische, chemischen und Raketenprogramme zu erweitern. Aus diesem Grunde könnte eine gänzliche Aufhebung der Sanktionen desaströse Folgen haben und vor allem ein falsches Zeichen für andere „Schurkenstaaten“ bedeuten.

Religion und Politik

In Amerika sind Religion und Politik eng miteinander verwoben; noch die politische Kandidatur des Katholiken **John F. Kennedy** drohte jeden Moment an seiner Konfession zu scheitern. Dabei hatte sich Kennedy schon als Jugendlicher mit dem Gedanken getragen, aus der Kirche auszutreten. Nicht-Katholiken aber glaubten, ein Katholik würde in seiner Loyalität immer zwischen dem Vatikan und Amerika gespalten sein. Kennedy bewies seinen Landsleuten, dass er zuallererst Amerikaner war, und der gordische Knoten von Politik und Religion schien mit seiner Wahl zum 35. Präsidenten durchschlagen zu sein. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, erkennen **Hugh Heclo**, **Wilfred McClay** u.a. eine Renaissance der engen Beziehung zwischen Religion und Politik. „Öffentliche Orte“ seien danach nicht mehr „nackt“, nicht mehr säkular. Vielmehr hätten religiöse Einrichtungen weitreichende, vormals beim Staat angesiedelte, Wohlfahrtsaufgaben übernommen und sich damit auch Gehör verschafft. „Religion Returns to the Public Square: Faith and Policy in America“, herausgegeben von **Heclo** und **McCay**, die beide Fellows beim **Woodrow Wilson International Center for Scholars** waren, geht den Wurzeln der komplizierten Beziehung beider Sphären in Amerika auf den Grund und versuchen, zukünftige Entwicklungen zu beschreiben.

Neue Lösungsansätze für Entwicklungsprobleme

Seit die Dependenztheorie für die damals noch als „Dritte Welt“ bezeichneten Regionen aus der Mode gekommen ist, suchen Entwicklungsspezialisten weiter nach Wohlstand versprechenden Konzepten. Wohlstand durch Verantwortung etwa ist eine dieser Entwürfe. Hierunter fallen Stichworte wie „Dezentralisierung“, „Mikrofinanz“ oder „Sozialkapital“. Für das **Woodrow Wilson International Center for Scholars** haben die kanadischen Politikwissenschaftler **Particia McCarney** und **Richard Stren** jetzt den Band „Governance on the Ground: Innovations and Discontinuities in the Developing World“ herausgegeben. Das Buch fasst die

Forschung der **Global Urban Research Initiative** anhand von Fallstudien zusammen. In dieser Initiative waren Anfang der 1990er Jahre mehr als 400 Sozialwissenschaftler zusammengekommen, um ein weltweites Forschungsnetzwerk zur Entwicklung auf lokaler Ebene aufzubauen.

Der peruanische Wirtschaftswissenschaftler **Hernando de Soto** hatte mit seinem Buch „The Other Path“ vor einigen Jahren für Aufsehen gesorgt. An der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt seien vor allem fehlende Eigentumsrechte schuld. Milliarden und Abermilliarden von Dollars lägen brach, weil auch die ärmlichste Behausung ihrem Eigentümer oft nicht legal zuerkannt werde. Daraus ergebe sich ein Teufelskreis: Statt Strom legal zu erwerben, müssten Leitungen angezapft werden; Steuern würden nicht bezahlt usw. In solchen Fällen verpflichte Eigentum einfach nicht. Seit de Sotos Analyse haben sich zahlreiche Wissenschaftler mit diesem Konzept beschäftigt und scheinen über die immense Bedeutung von Eigentumsrechten überein zu stimmen. Zu diesem Ergebnis kommen auch **Gerald O'Driscoll** vom **Cato Institute** und **Lee Hoskins** vom **Pacific Research Institute** unter dem Titel “Property Rights. The Key to Economic Development” (<http://www.cato.org/pubs/pas/pa482.pdf>) und fassen den Entwicklungsprozess des Konzepts noch einmal zusammen.

Hohes Alter durch Molekularbiologie und Informationstechnologie

969 Jahre alt soll Methusalem, der älteste der biblischen Urväter, geworden sein. Weit über 100 Jahre, so glauben viele Mediziner, könnte das menschliche Durchschnittsalter schon ab 2050 liegen. Zu verdanken hätten die Menschen dies den Fortschritten von Molekularbiologie und Informationstechnologie. Doch bringt eine solche, drastisch gestiegene Lebenserwartung auch viele Fragen mit sich: Welchen Einfluss hat die Lebenserwartung auf demografische Entwicklungen, öffentliche Finanzen, die Arbeitswelt und Gesundheitssysteme? Welche ethischen Probleme können auftreten? Unter der Ägide von **Henry Aaron**, Ökonom bei der **Brookings Institution**, und **William Schwartz**, Mediziner von der **University of Southern California**, hat sich nun eine Gruppe renommierter Wissenschaftler und Politikexperten dieser Fragen unter der Überschrift „Coping with Methusalem“ angenommen.

What's New?

Gemeinsames Brainstorming von Fortune und Aspen Institute

Auch in diesem Jahr hatte das Wirtschaftsmagazin **Fortune** bedeutende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Academia zum „**Brainstorm 2003**“ nach Aspen in Colorado geladen. Dabei waren unter anderem **Bill Clinton**, der seit zwei Jahren ein regelmäßiger Gast ist, **Madeleine Albright**, Harvards Präsident **Lawrence Summers** und **Stephen Breyer**, Richter am Supreme Court. Die Gäste sollten Fragen beantworten wie „Wird es der Welt besser oder schlechter gehen?“ oder „Welches Land wird 2013 die Welt dominieren?“. Neu am diesjährigen „Brainstorm“ war, dass das **Aspen Institute** unter Leitung seines neuen Präsidenten **Walter Isaacson** die Veranstaltung gemeinsam mit Fortune organisiert hatte. Die Zusammenarbeit dürfte nicht weiter überraschen. Isaacson saß zuvor hauptberuflich im Aufsichtsrat von **CNN**. Außerdem war er herausgebender Direktor bei **Time Inc.**, die auch Fortune publizieren. Über die Ergebnisse von „Brainstorm 2003“ wird erst die Fortune-Sonderausgabe für den kommenden Herbst Aufschluss geben.

Personalquerelen um die Ernennung eines Nahostexperten

Schlagzeilen bekam das mit öffentlichen Geldern finanzierte **U.S. Institute of Peace**, als Präsident **Bush** ankündigte, **Daniel Pipes** in den Aufsichtsrat des Think Tanks zu berufen. Pipes, ein bekannter Nahostexperte, leitet derzeit das in Philadelphia angesiedelte **Middle East Forum** und war mit vielen Äußerungen in die öffentliche Kritik gekommen. So sprach er sich dafür aus, rassistische und religiöse Profile der Bevölkerung anzufertigen. Außerdem verlangte er, Moscheen in den USA polizeilich zu überwachen. Sollte Pipes den Aufsichtsratsposten antreten, wollen sich arabische und religiöse Gruppen von Bush am nächsten Wahltag abwenden. Aber auch die Demokraten im Senat stellen sich gegen den „anti-muslimischen“ Forscher. Es wird erwartet, dass Bush die Zustimmung des Senats, der das Institute of Peace einst gemeinsam mit dem Repräsentantenhaus zur friedlichen Lösung von Konflikten ins Leben gerufen hatte, umgehen wird und Pipes noch während der Sommerpause ernennt.

Muskie Award für die Senatoren Byrd und Lugar

Seit 1996 verleiht das **Center for National Policy (CNP)** jährlich den **Edmund S. Muskie Award** für den außerordentlichen Dienst an der Öffentlichkeit. In diesem Jahr ging die Auszeichnung an die Senatoren **Robert C. Byrd** (D-WV) und **Richard G. Lugar** (R-IN). Muskie (1914 bis 1996), ein früherer Senator und Außenminister, saß dem Direktorium von CNP zwölf Jahre lang vor.

Kroszner geht zu AEI; Glassman unterstützt das State Department

Randall Kroszner, bis zu Beginn des Jahres noch stellvertretender Vorsitzender des **Council of Economic Advisers** von Präsident **Bush** (siehe Think Tank Update Juli 2003), ist zum **American Enterprise Institute (AEI)** gegangen. Dort beschäftigt er sich mit den Eigentumsverhältnissen in der Medienbranche, mit internationalem Handel, intellektuellem Eigentum und Reformen im Bereich Geldpolitik.

James Glassman, Ökonom bei **AEI**, wurde in die neue **Advisory Group on Public Diplomacy in the Arab and Muslim World** des **State Department** berufen. Die Gruppe unter Leitung von Botschafter **Edward Djerejian** hatte sich nach einem Antrag des Kongresses gebildet.

Bibliographie

Henry J. Aaron und William B. Schwartz (Hrsg.), Coping with Methusalem The Impact of Molecular Biology on Medicine and Society, Washington, DC, Brookings Institution Press 2003, 264 S, \$19,95.

Henry J. Aaron, James Lindsay und Pietro Nivola (Hrsg.), Agenda for the Nation, Washington, DC, Brookings Institution Press 2003, 432 S, Hc. \$49,95, Pb. 19,95.

Leon Aron, Privatizing Russia's Electricity, AEI Russian Outlook, Sommer 2003, Washington, DC. Onlineversion

Jon Audley, George Perkovich, Sandra Polaski und Scott Vaughan, Decoding Cancun. Hard Decision for a Development Round, CEIP Policy 26, Washington, DC. Onlineversion: <http://www.ceip.org/files/pdf/Policybrief26.pdf>.

James Jay Carafano, The U.S. Role in Peace Operations: Past, Perspective, and Prescriptions for the Future, Heritage Lecture 795, Washington, DC. Onlineversion: <http://www.heritage.org/Research/NationalSecurity/hl795.cfm>

Charli E. Coon, A Responsible Energy Policy Enhances-Not Suppresses-Domestic Supplies, Heritage Executive Memorandum 894, Washington, DC. Onlineversion: <http://www.heritage.org/Research/EnergyandEnvironment/em894.cfm>.

Anthony H. Cordesman, The „War After the War“ in Iraq: Evolving Conflict, Possible Scenarios and the Data and Analytic Tools Needed to Understand What is Happening, CSIS Feature vom 11. August 2003, Washington, DC. Onlineversion: http://www.csis.org/features/iraq_warafterwar.pdf.

Ivo H. Daalder und James M. Lindsay, America Unbound. The Bush Revolution in Foreign Policy, Washington, DC, Brookings Institution Press 2003, 160 S, \$22,95.

Thomas Donnelly, Fighting Terror. Lessons and Implications from the Iraqi Theatre, AEI National Security Outlook vom 1. August 2003, Washington, DC. Onlineversion: http://www.aei.org/publications/pubID.18061/pub_detail.asp.

Economic Policy Institute, Defense Spending Skews Economic Growth Estimates, Snapshot vom 13. August 2003, Washington, DC. Onlineversion: http://epinet.org/content.cfm/webfeatures_snapshots.

Nile Gardiner, James Phillips und Peter Brookes, Don't Lift Sanctions Against Libya, Heritage Foundation WebMemo 329, Washington, DC. Onlineversion: <http://www.heritage.org/Research/Africa/wm329.cfm>.

James K. Glassman und Kevin A. Hassett, Understanding the Role of the United States in the Global Economy, AEI On The Issues vom 8. August 2003, Washington, DC. Onlineversion: http://www.aei.org/publications/filter..pubID.19005/pub_detail.asp.

Hugh Heclo und Wilfred M. McClay, Religion Returns to the Public Square: Faith and Policy in America, Baltimore, Johns Hopkins University Press 2003.

Christopher Layne, *Casualties of War: Transatlantic Relations and the Future of NATO in the Wake of the Second Gulf War*, Policy Analysis No. 438, Washington, DC, Cato Institute. Onlineversion: <http://www.cato.org/pubs/pas/pa483.pdf>.

Patricia McCarney und Richard Stern (Hrsg.), *Governance on the Ground: Innovations and Discontinuities in the Developing World*, Baltimore, Johns Hopkins University Press 2003. Hc. \$ 50, Pb. \$24,95.

Daniel J. Mitchell, *The Historical Lessons of Lower Tax Rates*, Heritage Foundation WebMemo 327, Washington, DC. Onlineversion: <http://www.heritage.org/Research/Taxes/wm327.cfm>.

Gerald P. O'Driscoll Jr. und Lee Hoskins, *Property Rights. The Key to Economic Development*, Policy Analysis No. 482, Washington, DC, Cato Institute. Onlineversion: <http://www.cato.org/pubs/pas/pa482.pdf>.

Richard Perle, *Lessons of Operation Iraqi Freedom*, AEI On The Issues vom 11. August 2003, Washington, DC. Onlineversion: http://www.aei.org/publications/filter.,pubID.19017/pub_detail.asp.

Jack Spencer, *A Strong National Defense Commands New Nuclear Research Funding*, Heritage Foundation WebMemo 325, Washington, DC. Onlineversion: <http://www.heritage.org/Research/NationalSecurity/wm325.cfm>.

James B. Steinberg, *An Elective Partnership: Salvaging Transatlantic Relations*, *Survival*, Sommer 2003, vol. 45, no. 2, Summer 2003, S. 113–146.

Sydney Weintraub, *Lack of Clarity in U.S. Trade Policy*, CSIS Issues in International Political Economy, August 2003, Washington, DC. Onlineversion: <http://www.csis.org/simonchair/issues200307.pdf>.

Think Tanks im Internet

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center for National Policy: <http://www.cnponline.org/>

Economic Policy Institute: <http://epinet.org>

The Heritage Foundation: www.heritage.org

C.D. Howe Institute Toronto: www.cdhowe.org

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

Middle East Forum: www.medforum.org

Rand Corporation: www.rand.org

Pacific Research Institute: www.pacificresearch.org

U.S. Institute of Peace: www.usip.org